Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 420 Abendblatt. Montag, den 9. September. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 7. August. Das Kultusministerium hat durch Verordnung an die Regierungen die Grundsätze festgestellt, nach welchen von den Provinzial-Schulkollegien die Unabkömmlichkeits-Atteste für die Lehrer im Fall der Einberufung zum Militärdienst auszustellen sind. Im Allgemeinen soll danach nicht das Schulinteresse allein entscheiden, sondern das Staatsinteresse im Allgemeinen, also in Verbindung mit den politischen und militärischen Verhältnissen als maaßgebend betrachtet werden. Die zu Offizieren ernannten Lehrer sollen überhaupt in die betreffenden Listen der event. zu Berücksichtigenden nicht aufgenommen werden, da bei diesen die militärischen Pflichten eine wesentlich höhere Bedeutung haben. Die Agitationen der Lehrer für den Erlaß eines Dotationsgesetzes, den man durch Petitionen an den König beschleunigen oder nach Wunsch modifiziren zu können glaubt, scheinen in den Oppositionskreisen Anregung und Unterstützung zu finden. Da das Ministerium selbst auch vor und ohne diese Agitationen diese Dotations-Angelegenheit in die Hände genommen hat und den Entwurf zu einem neuen Dotationsgesetz den Regierungen bereits zur gutachtlichen Berichterstattung vorliegt, würde die bezügliche Thätigkeit und Fürsorge der Demokratie für die Lehrer sich gewiß zweckmäßiger auf die Unterstützung der Sache in einem späteren Stadium richten, nämlich bei der Berathung der zu erwartenden Vorlage im Abgeordnetenhaus durch bereitwillige Bewilligung der zur Ausführung erforderlichen Mittel. Dann wird sich die Theilnahme für den Lehrerstand am besten bethätigen können. — Der Polizeipräsident v. Leipziger ist aus Königsberg hier eingetroffen; wie ich höre, ist er zu einem neuen Wirkungskreis in der Provinz Hannover designirt. — Die Einberufung der schleswig-holsteinischen Deputirten war ursprünglich, wie ich schon früher bemerkte, für die kommende Woche in Aussicht genommen und ist nur durch äußere Behinderung einiger Deputirten, der Einladung so schnell Folge zu leisten, um eine Woche verschoben worden. Auch die Vornahme der Nachwahlen zum Reichstag soll schon für nächste Woche, so weit nicht formelle Hindernisse entgegentreten, angeordnet sein. — In einer Schrift unter dem Titel: „Die Verfassung des norddeutschen Bundes und die Freiheit in Süddeutschland, besonders in Würtemberg" von Römer in Tübingen verfaßt, wird auch der Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund als eine Nothwendigkeit geschildert, und die bei der Demokratie Süd- und Norddeutschlands beliebte Anpreisung der süddeutschen Freiheit gründlich widerlegt, außerdem aber treffend bemerkt, daß die norddeutsche Bundesverfassung dem Maaße politischer Freiheit in den Einzelstaaten keine Schranken setzt. Diejenigen, welche die norddeutsche Bundesverfassung und die politische Freiheitsfrage der Einzelstaaten zu verwischen pflegen, übersehen auch wunderbarer Weise, daß selbst Republiken im norddeutschen Bund Raum, und kein Hinderniß der Theilnahme gefunden haben. Wo die freien Hansestädte Mitglieder sein können, wird aber die schwäbische und baierische Freiheit schwerlich Zwang leiden. — Die Königlichen Marine-Etablissements haben Anweisung erhalten, bei gleichen Qualitäts- und Preisverhältnissen ihren Bedarf an Schmiedekohlen aus dem Inland und nicht aus dem Ausland zu nehmen. — Die in Kassel errichtete General-Kommission für Ablösungs-, Zusammenlegungs-Angelegenheiten und dgl. hat bereits wegen Geschäftsüberhäufung durch neue Mitglieder verstärkt werden müssen. Geh. Reg.-Rath Greiff ist in dieser Veranlassung persönlich in Kassel gewesen.

Berlin, 8. September. Se. Majestät der König wird am nächsten Dienstag, Mittags 1 Uhr, im Weißen Saal des hiesigen Schlosses in Person, umgeben von den Königlichen Prinzen rc. den Reichstag eröffnen. Vormittags 11½ Uhr findet in der Schloßkapelle und gleichzeitig in der St. Hedwigskirche für die Mitglieder Gottesdienst statt.

— Prinz Friedrich Karl geht demnächst nach dem Königreich Sachsen, um das sächsische zwölfte Bundes-Armeekorps zu inspiziren.

— Am Freitag Abend ist der Oberst-Lieutenant Salich Bey, Adjutant des Sultans, hier angekommen. Derselbe bringt fünf arabische Pferde, die der Sultan dem Könige schickt. Er hat sich gleich nach seiner Ankunft zur türkischen Gesandtschaft begeben und ist später im Hotel Royal abgestiegen.

— Der „K. Z." wird von hier unterm 7. d. M. telegraphirt: Dem Reichstage soll die Vorlage Behufs Regelung des Kriegsdienstes der seefahrenden Bevölkerung auf der Bundesflotte gemacht werden.

— Die „Wiener Abendpost" bestätigt, daß die österreichische Regierung an den süddeutschen Höfen beruhigende Erklärungen abgegeben hat, wie dies bereits im „Würtembergischen Staatsanzeiger" und der „Karlsr. Zeitung" konstatirt wurde. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, sagt das halbamtliche Wiener Blatt, wenn wir den Inhalt der von Freiherrn v. Beust nach München gegebenen Erklärung dahin feststellen, daß eine Einmischung in die Angelegenheiten der süddeutschen Staaten in keiner Weise Gegenstand der Besprechungen in Salzburg gewesen sei." Weiter entnimmt die „W. Abendpost" dem „Würt. Staats-Anz." einen längeren Artikel, der sich sehr lebhaft gegen die beunruhigenden Gerüchte ausspricht, die über die Salzburger Zusammenkunft ausgestreut worden sind. Eine offiziöse Korrespondenz der „H. B.-H." bestätigt, daß auch in Berlin ein österreichisches Cirkular angelangt ist, welches unumwunden konstatirt, „daß die österreichische Regierung weit entfernt sei, durch Erörterungen über preußische und deutsche Angelegenheiten das bisherige Prinzip der vollen Enthaltsamkeit aufzugeben."

— Wie die „B. und H.-Ztg." berichtet, hätte die preußische Regierung in den letzten Tagen eine Art Ultimatum an den Exkönig von Hannover gerichtet mit dem Bemerken, daß die Regierung nach dem 1. Oktober, wo bei Regelung der Angelegenheit die Landesvertretung konkurriren muß, nicht mehr in der Lage sein würde, dem Könige so günstige Bedingungen resp. Vorschläge machen zu können. In hannöverschen Kreisen glaubt man, Georg werde auf Nichts eingehen, so lange man von ihm eine formelle Verzichtleistung auf die Krone Hannovers fordert.

— Wie die „B. B.-Z." hört, steht den Mitgliedern der baierischen und badischen Volksvertretung eine Anregung bevor, daß zu der Kommission für Ausarbeitung einer Prozeß-Ordnung für die norddeutschen Bundesstaaten, deren Zusammentritt Preußen beim Bundesrathe beantragt hat, auch süddeutsche Fachmänner hinzugezogen werden, um eine Prozeßordnung für ganz Deutschland, statt einer solchen für die nördlichen Staaten, zu entwerfen.

— Fortan werden die Feldeisenbahn-Abtheilungen für den Fall eines erneuten Zusammentretens in einer Feldeisenbahn-Abtheilung, welche vorzugsweise für die Herstellung zerstörter Eisenbahnen bestimmt ist, und einer Betriebseisenbahn-Abtheilung zur ersten Einführung des Betriebes auf zerstörten und avakuirten Eisenbahnen bestehen. Von einer Errichtung dieser Abtheilung schon für den Frieden, wie in der englischen und einigen anderen Armeen, scheint dagegen Abstand genommen worden zu sein. Dafür aber werden wahrscheinlich die Kommandirungen zur Erlernung des Eisenbahndienstes, welche bisher auf die Unteroffiziere beschränkt waren, fortan auch auf Offiziere ausgedehnt werden. Die neue Regelung des Etappenwesens im Kriege, welche schon vor längerer Zeit in Berathung genommen worden war, wird ebenfalls als abgeschlossen bezeichnet. Auch die Reglements für die Truppentransporte auf den Eisenbahnen dürften anschließend daran verschiedene Veränderungen erfahren.

— Wie die „Wes.-Ztg." hört, wird die Auflösung des Hamburgischen Truppenkörpers bereits am 15. d. M. erfolgen. Ob zu diesem Termine schon ein preußisches Detachement nach Hamburg verlegt werden wird, um bis zum Eintreffen der künftigen preußischen Garnison den nöthigen Wachtdienst rc. wahrzunehmen, oder ob dem Bürgermilitär die Erfüllung dieser Aufgabe zugedacht ist, verlautet noch nicht. Die von den Hamburgischen Truppen bisher geführten Fahnen und Standarten werden vor der Auflösung des Kontingents in feierlicher Weise in die Gr. Michaeliskirche gebracht und daselbst aufgehängt werden. Das Hamburgische Offizierkorps hat über einen sehr werthvollen Bestandtheil seines Eigenthums gewissermaßen letztwillig verfügt, und zwar in sehr generöser Weise zu Gunsten des Offizierkorps der preußischen Bataillone, die demnächst die Garnison Hamburgs bilden werden. Diesem nämlich hat es seine aus mehreren tausend Bänden bestehende, zumeist aus Beiträgen der Hamburgischen Offiziere angeschaffte Bibliothek, an der seit 1819 gesammelt worden ist, überwiesen.

— Unsere Mittheilungen über das dem Bundesrath vorliegende Postgesetz ergänzend, bemerken wir, daß der Entwurf für die gewerbmäßige Personenbeförderung auf Landstraßen, wo eine Personenpost besteht, die Genehmigung der Postverwaltung verlangt, wenn die Beförderung 1) entweder mit unterwegs gewechselten Transportmitteln oder 2) zwischen bestimmten Orten mit regelmäßig festgesetzter Abgangs- oder Ankunftszeit gegen Erhebung eines Personengeldes von mehr als 3 Sgr. für die Meile einschließlich der Fracht für 30 Pfd. Freigepäck erfolgt. Der Postzwang wird nur für versiegelte, zugenähte oder sonst verschlossene Briefe und Zeitungen politischen Inhalts beibehalten, insofern die Beförderung dieser Gegenstände gegen Bezahlung zwischen Orten, welche eine Postanstalt besitzen, verboten ist. Die Beförderung von Briefen oder politischen Zeitungen gegen Bezahlung durch expresse Boten oder Fuhren soll gestattet sein, wenn eine solche Veranstaltung nur für die Zwecke eines Absenders eingerichtet ist.

— Ein Theil der Reichstags-Abgeordneten ist schon hier eingetroffen und hat Plätze im Sitzungssaale belegt; im Großen und Ganzen werden die früheren Mitglieder der Versammlung ihre alten Plätze wieder einnehmen.

— Das „Journal des Debats" hat sich dieser Tage im Hinblick auf die Reden des Kaisers Napoleon im Norddepartement in bemerkenswerther Weise über die von Frankreich gegenüber Deutschland zu beobachtende Politik ausgesprochen. Wir entnehmen dem betreffenden Artikel im Nachstehenden die hervorragendsten Stellen: „Es ist erfreulich, daß der Kaiser mit jener Einsicht, die ihn nur selten verläßt, mit einem Tropfen kalten Wassers die zwar patriotischen, aber ungestümen Dränger abgekühlt hat. Wir unserentheils könnten diesen Letzteren nur das zweite Epitheton beilegen, und es ist nicht allein Bedauern, sondern vielmehr Besorgniß das Gefühl, mit welchem wir sehen, daß Journale, die für Organe der Regierung gehalten werden, die öffentliche Meinung in eine Richtung drängen, welche der vom Kaiser und der gesunden Vernunft vorgezeichneten gerade entgegengesetzt ist. So wurde auch die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Salzburg, die durch die Rücksichten des Beileids vollständig erklärlich war, in eine Verschwörung gegen Preußen und gegen die im letzten Jahre in Deutschland vollzogene Umwälzung verdreht . . . Die rasche und unerwartete Entwickelung der preußischen Monarchie hat in Frankreich große Eifersucht erzeugt, aber gegen die unzeitgemäße Empfindung zu kämpfen, scheint uns gerade nützlich und patriotisch zugleich zu sein. Jedenfalls ist es ungeschickt, dies Gefühl zu verrathen, denn alle erdenklichen Klagen werden nicht hindern, daß die Umwälzung in Deutschland eine vollendete Thatsache ist, und das sicherste Mittel, dieselbe zu einem völligen Abschluß zu bringen, wäre der Versuch einer Intervention des Auslandes. Eine solche Einmischung würde uns weder vom Rechtsstandpunkte noch den Thatsachen nach als gerechtfertigt und billig erscheinen. Wir sehen nicht ein, mit welchem Rechte wir gegen eine Bewegung auftreten könnten, die in Deutschland den Charakter und den Umfang einer wahrhaft nationalen Bewegung angenommen hat; mit welchem Rechte wir die deutsche Nation hindern wollten, jene Einheit zu erstreben, die in Frankreich seit langer Zeit erreicht und vornehmlich durch den Widerstand und die Einmischung fremder Mächte gefestigt worden ist. Schon im vergangenen Jahre, als der deutsche Krieg begann, zweifelten wir nicht an einem endlichen Siege Preußens . . . Für Jeden, der noch etwas Anderes als bloße Strategie studirt hatte, war es klar, daß Preußen sich an die Spitze der deutschen Bewegung gestellt hatte, und daß es die deutschen Ideen repräsentirte. Die Deutschen selbst wußten, daß Oesterreich im Falle seines Sieges kein Deutschland geschaffen hätte, und deshalb ließen es seine Verbündeten schließlich im Stich." Die „Debats" führen dann aus, daß die öffentliche Meinung in Frankreich über den Kampf jenseits des Rheins ebenso im Unklaren gewesen sei, wie über den Bürgerkrieg in Nordamerika, sie begründen nochmals ihre eben ausgesprochene Meinung, daß nur Preußen der Vertreter der deutschen National-Idee gewesen sei, und schließen dann mit folgenden Sätzen: „Was im vergangenen Jahre war, ist auch heute noch der Fall. Wir sind sicherlich nicht dazu berufen, die deutsche Einheit zu schaffen, aber wenn sich dieselbe ohne Feindseligkeit gegen uns vollzieht, haben wir kein Recht sie zu verhindern. Und wenn wir das letztere auch versuchen wollten, würden wir zu einem ganz entgegengesetzten Resultat gelangen. Unserer Ansicht nach ist es sehr irrig, zu glauben, daß die Bildung eines süddeutschen Bundes unter dem Schutze einer Allianz Frankreichs mit Oesterreichs eine Schranke sein würde gegen weitere Vergrößerungen Preußens. Die eigentliche Folge würde sein, daß die zur Bildung eines solchen Bundes berufenen Länder selbst, wenn sie Frankreichs Hand dabei im Spiele sehen würden, Oesterreich als einen Verräther am gemeinsamen Vaterlande ansehen, und ihm den Rest seiner deutschen Besitzungen entreißen würden. Diejenigen, welche uns in ein solches Abenteuer verwickeln wollten, würden das sicherste Mittel wählen, die Bildung eines deutschen Kaiserreichs zu beschleunigen und zu unterstützen."

— Zur Ergänzung des Offizier-Korps der Marine soll fortan auch der Uebertritt aus dem Seewehroffizierverhältniß in dasselbe gestattet sein. Die Betreffenden haben aber, außer dem Nachweise einer praktischen Dienstapplication, der vorgeschriebenen Prüfung zu genügen und dürfen das Alter von 24 Jahren noch nicht überschritten haben.

— Auf Anordnung der General-Inspektion des Militärbildungs- und Erziehungswesens, findet die Eröffnung der erweiterten Lehrkurse auf den sechs Kriegsschulen des Landes diesmal überall gleichzeitig mit dem 1. Oktober statt. Von den Offizieraspiranten der einzelnen norddeutschen Bundesmilitärkontingente werden der Schule zu Engers die Badenser, Hessen, der Schule zu Erfurt diejenigen der thüringischen Staaten und der Schule zu Hannover die Braunschweiger und Oldenburger überwiesen.

— Der Truppenbestand in Schleswig soll vermindert werden, wogegen eine Verstärkung der Militärbesatzung in der Provinz Hannover beabsichtigt wird.

— Unter den 9093 preußischen Offizieren, welche dem vorjährigen Feldzuge in den Reihen des stehenden Heeres beiwohnten, giebt es 2791, welche aus dem Kadettenkorps hervorgegangen sind. Darunter befanden sich: 38 Generale, 328 Stabsoffiziere, 598 Hauptleute und Rittmeister, 1613 Lieutenants, 196 Portepeefähnrichs. Von der Gesammtzahl wurden verwundet 229, vor dem Feinde fielen 52, und ihren Wunden erlagen 46.

— Der zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover designirte Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode ist hier eingetroffen und hatte im Laufe des Sonnabend Besprechungen mit den Ministern.

— Die Meininger Regierung ist, dem „Frankf. Journ." zufolge, mit einer Ausführungsverordnung der norddeutschen Bundesverfassung vorgegangen. Es wird verordnet, daß: 1) rücksichtlich der Gestattung des Aufenthalts und der Wohnsitznahme im Herzogthume die Angehörigen des norddeutschen Bundes wie Inländer zu behandeln sind; 2) für Aufnahme in den Gemeindeverband oder Ausweisung in den Heimathsstaat die für Inländer maßgebenden Vorschriften zur Anwendung kommen; 3) bei Auswanderung diesseitiger Unterthanen in einen andern Staat des norddeutschen Bundes die Ausstellung förmlicher Entlassungsurkunden nicht mehr geboten, sondern eine einfache Bescheinigung genügt, daß dem Wegzuge ein Bedenken der Heimathsbehörden nicht entgegensteht; dieselben Grundsätze sind für die Einwanderung Norddeutscher ins Herzogthum maßgebend; 4) bei allen Norddeutschen der Unterschied des Gewerbegesetzes zwischen In- und Ausländern wegfällt; 5) die Ausübung politischer Rechte im Herzogthum in deren unmittelbarer Beziehung zum Staate oder zur Gemeinde, wie die Wahlfähigkeit zum Landtag bez. zu Gemeindeämtern von der Staats- und Gemeindeangehörigkeit abhängt.

Elberfeld, 7. September, Abends. Bei der heute stattgehabten engeren Wahl zum norddeutschen Reichstage erhielt Dr. v. Schweitzer 8915, Dr. Löwe-Calbe 6691 Stimmen. Dr. von Schweitzer ist mithin gewählt.

Hamburg, 6. September. Auf den Antrag der Bürgerschaft betr. Revision der Verfassung hat der Senat ablehnend geantwortet. Die Einführung der Verfassung des norddeutschen Bundes habe die Abänderung der hamburgischen Verfassung, wie durch übereinstimmenden Beschluß von Senat und Bürgerschaft erkannt sei, nicht nothwendig gemacht. Eine andere Frage sei, ob in Folge der Einführung eine Revision vorzunehmen sich empfehle. Der Senat hält es für zweckmäßig, die von der Bürgerschaft gewünschte umfassende Arbeit für jetzt noch auszusetzen. Es sei möglich, daß die Weiterentwickelung der neuen Bundes-Einrichtungen künftig auch zu wesentlichen Modifikationen unserer staatlichen Zustände führen werde, aber so lange noch nicht zu sagen sei, worin sie bestehen werden, wäre es jedenfalls voreilig, auf solcher Grund-

lage eine Umarbeitung der Verfassung von 1860 vorzunehmen. Die gegenwärtig vorliegenden Bestimmungen der Bundesverfassung vom 24. Juni, so überaus wichtig und tiefeingreifend sie auch sind, bieten zu einer solchen Revision noch keine Handhabe, man müßte denn sich damit begnügen wollen, zwischen den einzelnen Artikeln der hamburgischen Verfassung die einen analogen Gegenstand betreffenden Bestimmungen der Norddeutschen einzuschalten, was eine zwar einfache, aber auch ziemlich überflüssige Arbeit wäre. Der Senat kann daher zur Einsetzung einer gemischten Kommission noch keine Veranlassung finden und eine Revision unserer Verfassung auf Grund des neuen Bundesverhältnisses erst dann für thunlich halten, wenn Letzteres sich weiter entwickelt und ausgebildet haben wird.

Vom Süden, 6. September. (W.-Z.) Die Absicht einer Zusammenkunft des Königs Wilhelm von Preußen mit den süddeutschen Souveränen, von welcher vor einiger Zeit verlautete, scheint nach verschiedenen Anzeichen ihrer Verwirklichung entgegengehen zu wollen. Doch dürfte für eine solche Entrevue, deren Bedeutung nach Salzburg nicht zu verkennen sein würde, nicht Baden-Baden, wie es Anfangs hieß, sondern Schloß Hohenzollern bei Hechingen in Aussicht genommen sein. So vernehmen wir. Es würde für die Wahl dieses Ortes mancherlei sprechen, zumal sein Besuch durch König Wilhelm kurz nach Eröffnung des Reichstages feststeht. Der König würde seine Alliirten auf eigenem Gebiete als Gäste bei sich sehen, und zwar in der Stammburg seines Hauses, welche heute mehr als je in ihrer großartigen und glänzenden Wiederherstellung auf ihrem 2663 Fuß hohen Kegel weit hinaus in die Lande sehend, das getreue Sinnbild einer Macht ist, welche an das Eingangsthor des festen Königsschlosses die Worte schreiben konnte: „Vom Fels zum Meer", und den Schutz Deutschlands mit starker Hand auch „vom Meer zum Fels" übernommen hat. — Mit ungemeiner Befriedigung hat man die gestrige Thronrede bei Eröffnung des badischen Landtages aufgenommen. Man wird sie als die erste klare Antwort eines deutschen Fürsten auf die Zetteleien der in mehr als Einer Hinsicht total verunglückten Salzburger Staatsaktion besonders beachten müssen. Es zeugt vor Allem von einem vollständigen Verständniß unserer nationalen Situation, daß der Großherzog es gar nicht der Mühe werth erachtet hat, von der todtgeborenen Idee eines Südbundes zu sprechen, sondern sofort entschieden das einzig richtige Ziel, die nationale Einigung des Südens mit dem norddeutschen Bunde, hinstellt.

München, 7. September. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: „Zwischen Baiern und Hessen finden demnächst kommissarische Verhandlungen über weitere Eisenbahn-Verbindungen, vorwiegend über die Donnersberger Bahn und die Dürkheim-Monsheimer Bahn statt. Baierischer Seits ist Ministerialrath v. Weber, hessischer Seits Geheimrath Bechthold und Ministerialrath Schleiermacher dazu beordert.

Ausland.

Wien, 6. September. Das Archiv, welches von Kaiser Max, als er noch Erzherzog von Oesterreich war, in seinem Lieblingsaufenthalte, dem Schlosse Miramar, angelegt wurde, und das reiche Schätze enthält, wie es bei dem hohen Kunstsinne und der wissenschaftlichen Bildung des Verewigten nicht anders gedacht werden konnte, ist an das K. K. Oberhofmarschallamt übergeben und von dem Grafen Franz v. Kuefstein übernommen worden. Unter Anderm soll dieses Archiv nebst den auf die mexikanische Expedition Bezug nehmenden Dokumenten, auch die sämmtlichen Abschriften der zwischen dem Kaiser Max und dem Kaiser Louis Napoleon geführten Korrespondenz enthalten.

— Aus Prag wird gemeldet: Die in Amerika wohnenden Czechen senden eine Deputation an den Czar, um ihm für die Aufnahme der Czechen in Rußland im heurigen Sommer zu danken, und seine Unterstützung der slavischen Nationen gegen die Deutschen, Ungarn, Türken, sowie die Anbahnung eines Auswanderezuges aus Böhmen nach Rußland zu erbitten. Die „Politik" erklärt, der Eintritt in das Ministeruim Seitens eines Mitgliedes der Partei der Czechen und Polen befriedige nicht; die Annahme eines Portefeuilles unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde nur den Verlust des Vertrauens nach sich ziehen. Die Föderalisten erstreben nur die Ernennung von Hofkanzlern.

— Der Leibarzt des Kaisers von Mexiko — Dr. Basch, hat sich, wie die „Presse" aus authentischer Quelle vernimmt, in New-Orleans an Bord der „Elisabeth" eingeschifft. Da für die Auslieferung der Leiche des Kaisers wenigstens vor der Hand keine Aussicht war, so sah sich Dr. Basch veranlaßt, zur Ausführung aller jener Aufträge, mit welchen ihn der unglückliche Monarch noch in seinen letzten Lebenstagen betraut, einstweilen nach Europa zurückzukehren, um vielleicht später sich wieder nach Mexiko zu begeben und die Leiche — nach dem Wunsche des Verewigten — nach Oesterreich zu geleiten. Dr. Basch dürfte bis gegen Ende September in Wien eintreffen. Derselbe bringt einige Briefe mit, die der Kaiser in seinen letzten Stunden an seine Verwandten am hiesigen Hofe gerichtet.

Wien, 7. September. Oesterreich ist durch eine am 31. August unterzeichnete Konvention mit Frankreich den Beschlüssen der internationalen Münzkonferenz beigetreten. Die Goldwährung soll demnächst zur gesetzlichen Einführung gelangen.

Wien, 8. September, Morgens. Die heutige „Neue freie Presse" will wissen, daß der Finanzminister v. Becke wegen der ungenügenden Vorschläge des ungarischen Finanzministers in Betreff des Beitrags Ungarns zum Reichsbudget seine Demission angeboten habe.

Das „Fremdenblatt" erfährt, daß die serbische Regierung die Absendung einer Note an die Pforte beschlossen habe, in welcher sie Genugthung wegen des Vorfalls auf dem Dampfer „Germania" in Rustschuk verlangt.

Bern, 7. September. Der Bundesrath hat die italienische Regierung über den Stand der Alpenbahn und ihre darauf bezüglichen Absichten um Auskunft ersucht und seine Geneigtheit zu gemeinsamen Schritten bei den mitinteressirten süddeutschen Staaten und Preußen zu erkennen gegeben. — Dem österreichischen Münzvertrage, welcher indeß nicht auf neue Scheidemünzen auszudehnen ist, hat der Bundesrath seine Zustimmung ertheilt.

Der persische Gesandte Ferus Khan und ein türkischer Delegirter für die Telegraphenkonferenz sind hier eingetroffen. — Die Japanesen machen morgen einen Ausflug nach Genf.

Paris, 6. Septbr. Die „France" will wissen, daß Prim wirklich die spanische Grenze wieder zurückpassirt und sich nach Italien gewendet habe. Er will den Friedens-Kongreß in Genf mitmachen. Narvaez hat eine Proklamation an die Truppen erlassen, worin er ihnen für erwiesene Treue dankt, und der Justiz-Minister ein Rundschreiben an die Bischöfe gerichtet, worin er anzeigt, daß er sich besonders mit der raschen und vollständigen Durchführung des Konkordats von 1851 beschäftigen wolle und um ihre Beschlüsse bitte.

— Die „Situation" bringt einen Bündniß-Entwurf zwischen Preußen und Oesterreich. Das Aktenstück rührt von dem Grafen Recke her; dieser hat aber weder mit der österreichischen, noch mit der preußischen Regierung den geringsten Zusammenhang, sondern er ist ein politischer Projektenmacher, dessen Zudringlichkeit vielen Politikern in Wien ganz genau bekannt ist. Wie kann man sich mit einem solchen Menschen und auf ein bloßes Schriftstück einlassen! Nebenbei kann ich Ihnen aus bester Quelle versichern, daß die österreichische Preß-Direktion dem neuen Unternehmen des Herrn Fröbel keineswegs fremd ist.

Paris, 7. September, Abends. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit dem Kaiserlichen Prinzen Nachmittags 5 Uhr nach Biarritz abgereist. — Rouher, der in der letzten Nacht angekommen war, wohnte heute noch einer Konseilsitzung unter dem Vorsitze des Kaisers bei.

Paris, 7. September. Graf v. d. Goltz hat die Ersetzung seines Postens durch den Prinzen v. Reuß im Laufe einer gestern von ihm mit Lavalette gehaltenen Konversation dem Letztern selbst avisirt.

St. Nazaire, 7. September. Das von Mexiko und Westindien erwartete französische Postdampfschiff „Panama" ist hier eingetroffen. Es überbringt außer der neuesten Post und verschiedener Ladung 619 Passagiere, darunter 333 österreichische Militär-Personen, 43 Preußen und 28 Belgier. In Havanna herrscht sehr stark gelbes Fieber.

London, 7. September. Wie „Manchester-Guardian" meldet, hat das Fabrikhaus Wilson Grein u. Co. in Manchester seine Zahlungen eingestellt.

Nach telegraphischen Berichten aus Newyork vom gestrigen Tage haben in Kalifornien die Demokraten bei den Wahlen den Sieg davongetragen.

London, 8. September, Morgens. Mit dem letzten Dampfer aus Newyork hier eingetroffene Nachrichten melden aus Mexiko: Präsident Juarez hat bei einem Banquet die Hoffnung ausgesprochen, daß man das von der amerikanischen Regierung nach dem Niederwerfen der Revolution gegebene Beispiel der Mäßigung nachahmen werde; das Volk sei des Blutvergießens müde. — Es wird geleugnet, daß in Queretaro Metzeleien vorgekommen seien. — Eine Reduktion der Armee um 18,000 Mann steht bevor.

Aus **Madrid** wird vom 6. September telegraphirt, daß ein Befehl an alle beurlaubten oder pensionirten Offiziere erlassen worden ist, wonach dieselben sich bis zum 14. d. M. bei ihren respektiven Militär-Gouverneuren zu melden haben. Die „Gaceta" veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Todesstrafe für die Betheiligten an der letzten Insurrektion in Strafarbeit umgewandelt wird. Die Kortes werden am 11. Oktober wieder eröffnet.

Athen, 31. August. Eingelangten Nachrichten zufolge soll der Kapitän des Dampfers „Arkadion" sich am Leben befinden. — Der französische und der russische Admiral bekamen Befehl, den Transport kretensischer Familien vorläufig zu suspendiren und in den kretensischen Gewässern weitere Befehle abzuwarten. — Ein österreichischer Kriegsdampfer brachte dieser Tage 950 kretensische Flüchtlinge nach dem Pyräus und fuhr bereits am nächsten Tage wieder ab.

Smyrna, 28. August. Ein Schreiben aus Canea vom 20. d. M. bestätigt den Tod des preußischen Obersten Geßler alias Dilaver Bey.

Bukarest, 31. August. Sir Moses Montefiore, der bekannte englische Baronet, ist vor einiger Zeit in Bukarest angekommen, um sich mit eigenen Augen von der traurigen Lage seiner Glaubensgenossen zu überzeugen und denselben womöglich durch seinen Einfluß einige Erleichterungen zu verschaffen. Bis jetzt ist seine Mission keineswegs von einem glänzenden Erfolg begleitet, vielmehr greifen die Bukarester Blätter Herrn Montefiore, der sich den europöischen Ruf eines Menschenfreundes längst begründet hat, in der empörendsten Weise an. Insbesondere zeichnet sich die „Natiunea" in diesen Angriffen aus, welche Montefiore beschuldigt, nach den Fürstenthümern gekommen zu sein, um aus denselben ein neues Palästina zu machen, damit den Rumänen weder ihr Land, noch seine Erzeugnisse verblieben, und fordert schließlich alle Einwohner von Bukarest auf, drei Petitionen zu unterzeichnen, welche auf den öffentlichen Plätzen ausgelegt werden sollen und von denen die eine für den Fürsten, die zweite für den Senat, die dritte für die Kammer bestimmt sein soll. In diesen Petitionen soll die Erfüllung der nachstehenden vier Punkte verlangt werden: 1) Daß von den Gütern des Staats Nichts veräußert werde, als Weingärten und abseits gelegene kleine Ländereien, die dem Staate nur Schaden bringen. 2) Alle Hebräer, die seit dem Jahre 1848 mit Pässen ins Land gekommen sind, die keine eigentliche industrielle Beschäftigung haben, sollen auf Veranlassung der Regierung dorthin zurückgesendet werden, von woher sie gekommen sind. 3) Alle Hebräer, die Manufaktur-Fabriken mit rumänischen Arbeitern besitzen, ferner alle Jene, die irgend ein Handwerk betreiben, als: Klempner, Schneider u. s. w., alle, die die Kurse der höheren Wissenschaften absolvirten — sollen im Lande geduldet werden, mit der Bedingung jedoch, sich auf den Weg der Civilisation zu begeben, wozu die Regierung die erforderlichen Maßregeln treffen wird. Was die Rechte dieser Juden anbelangt, so werden dieselben auf Das beschränkt sein, was das Civilgesetzbuch diesfalls vorschreibt. 4) Von heute ab ist der Eintritt der Hebräer in das Land zu dem Zwecke, um hier zu verbleiben, für immerwährende Zeiten verboten.

Die Regierung hat indessen doch eingesehen, wie gefährlich die Gestattung eines Plebiszit über die Juden, auf öffentlicher Straße abgehalten, für die Ruhe der Stadt und des Staates sein würde, und begriffen, daß bei den zahlreichen Gegnern der Judenverfolgung der Ausbruch eines Bürgerkrieges die unmittelbare Folge sein würde und hat deshalb die Auslegung der Petion gegen die Juden, wenigstens auf Straßen und Plätzen verboten.

Newyork, 4. September. Präsident Johnson hat eine Proklamation erlassen, worin vor dem Eingriff in die Beschlüsse und Urtheile der Gerichtshöfe gewarnt wird. Es bezieht sich das auf die jüngsten Vorgänge in Carolina. Die Civil- und Militärbehörden werden aufgefordert, bei der Vollziehung der Entscheidungen dieser Gerichtshöfe ihre Hülfe zu leisten.

Pommern.

Stettin, 9. September. Heute sind im „Hotel de Prusse" hierselbst die Mitglieder der gräflichen Familien v. Schwerin zu einem Familientage versammelt. An demselben nimmt u. A. auch der Staatsminister a. D. Graf v. Schwerin-Putzar Theil.

— Von der Werft des „Vulkan" lief vorgestern Nachmittag der für Rechnung der Königlichen Regierung erbauete Marine-Transport-Schraubendampfer „Rhein" vom Stapel. Nach sachverständigem Urtheil macht das Schiff in seiner äußeren Form den Eindruck eines vorzüglichen Schnellseglers. — Am Freitag wurde vom Vulkan die 121. Lokomotive, für die oberschlesische Bahn bestimmt, auf dem hiesigen Bahnhofe abgeliefert.

— An der vorgestrigen Börse lag folgendes Schreiben des Herrn Provinzialsteuerdirektors an die Vorsteher der Kaufmannschaft, vom 6. d. M. auf: „In Folge einer Verständigung unter den Regierungen der Zollvereinsstaaten über die Erweiterung der im §. 60 der Zollordnung vorgeschriebenen Lagerfrist, ist durch Finanzministerial-Erlaß vom 29. v. Mts. für den Packhof zu Stettin die Lagerfrist allgemein auf fünf Jahre verlängert."

— Ein kürzlich ergangenes Erkenntniß des 1. Civilsenats des Obertribunals stellt folgenden Rechtsgrundsatz in Bezug auf die Verpflichtung der Gutsherrschaft bei Schulbauten auf: „Nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts ist der Gutsherr nicht allein zur Unterhaltung der bereits bestehenden Schulgebäude, sondern auch zu Neubauten Materialien herzugeben schuldig. Auch beschränkt sich diese Verpflichtung nicht auf das eigentliche Schulhaus, sondern bezieht sich auch auf ein für den Schullehrer etwa beliebtes besonderes Wohnhaus oder die für dessen Haushaltung oder Landwirthschaft nöthig befundenen Wirthschaftsgebäude.

— In Bezug auf das Heimathsgesetz vom 31. Dezember 1842 stellte das Obertribunal kürzlich das folgende Präjudiz auf: „Die Meldung eines Neuanziehenden, an einem Orte seinen Aufenthalt nehmen zu wollen, und die faktische Ausführung reicht zur Begründung des Wohnsitzes für sich allein nicht aus, wenn von der Ortsgemeinde wider die Niederlassung Widerspruch erhoben ist."

— Am 6. Abends wurden dem Charlottenstraße No. 3 wohnhaften Restaurateur Klinghammer aus einem Verschlage mittelst Eindrückens einer Fensterscheibe verschiedene Frauen-Kleidungsstücke und dem Schulzenstraße No. 19 wohnhaften Kleiderhändler L. Asch aus unverschlossener Wohnstube zwei Vogelbauer mit zwei jungen Kanarienvögeln gestohlen.

— Gestern früh wurde der obdachlose Arbeiter W. Müller aus Hohenbrück bei Stepenitz am Fischmarkt mit einer frisch geschlachteten Gans angehalten. Er behauptete, die Gans sei ihm von dem erst kürzlich aus dem Gefängniß entlassenen Maurer Wenzel aus Torney auf der Pasewalker Chaussee übergeben, um dieselbe nach der Stadt zu tragen und dort zu verkaufen. Frische Blutspuren an den Kleidungsstücken des Müller ließen indessen darauf schließen, daß er die Gans selbst gestohlen und geschlachtet habe. Er ist verhaftet.

— Als die Diebe der — nach unserer Notiz im vorgestrigen Abendblatte — vor einigen Nächten von einem bei Bredow liegenden Schiffe gestohlenen beiden Säcke mit ungereinigtem Flachs, sind zwei bereits bestrafte berüchtigte Subjekte, der Schiffszimmermann Wollert und der Schiffer Spiegelberg, welche das gestohlene Gut an mehreren Stellen zum Verkauf angeboten, ermittelt worden. Der verhaftete Wollert ist gestern Nachmittag indessen aus dem im Centralpolizeigebäude befindlichen Detentionszimmer entsprungen und war es bis heute Mittag noch nicht gelungen, desselben wieder habhaft zu werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. September. Witterung: schön. Temperatur + 17° R. Wind: W.

An der Börse

Weizen fest und höher, loco per 85pfd. gelber 82—91 Rt bez., alter 92—98 Rt bez., 83—85pfd. gelber September-Oktober 88, 89, 88¾ Rt bez. u. Br., Frühjahr 84½, 85 Rt bez. u. Br., 84½ Rt Gd.

Roggen etwas höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 62—66 Rt bez., September-Oktober 61½, 62 Rt bez. u. Gd., Oktober-November 59¾, 60, 59¾ Rt bez., Frühjahr 57¾, 58 Rt bez. u. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. schlesische 45—50 Rt bez., mährische oberschlesische 50—51½ Rt bez., 69—70pfd. schlesische September-Oktober 48 Rt Br. u. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 30—32 Rt bez., Septbr.-Oktober 47—50pfd. 30½ Rt bez., 31 Br., Frühjahr 31 Rt Br.

Rüböl still, loco vom Lager 11⅙ Rt Br., September-Oktober 11 Rt bez., Oktober-November 11 Rt Gd., November-Dezember 11 Rt Gd., 11 1/12 Br., April-Mai 11 5/12 Rt bez., 11½ Br. u. Gd.

Winterrübsen September-Oktober 83¾ Rt bez.

Winterraps feuchter, loco 78 Rt bez.

Spiritus matter, loco ohne Faß 23½, ⅓ Rt bez., September 23 Rt Br., 22⅚ bez., September-Oktober 22⅙ Rt bez., Oktober-November 18⅚ Rt bez. u. Br., Frühjahr 17⅚ Rt bez. u. Br.

Stettin, den 9. September.

Hamburg ···	6 Tag.	151⅛ G	St. Börsenhaus-O. ·	4	—
„ ···	2 Mt.	150¾ B	St. Schauspielh.-O. ·	5	—
Amsterdam ·	8 Tag.	143 G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„ ·	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London ·····	10Tag.	6 25 bz	St. Strom-V.-A. ···	4	—
„ ·····	3 Mt.	6 24 B	Pr. National-V.-A. ·	4	112½ B
Paris ·····	10 Tg.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
„ ·····	2 Mt.	81 5/12 B	Pomerania ········	4	113 G
Bremen ···	3 Mt.	81 1/12 B	Union ············	4	103 B
St. Petersbg.	3 Wch.	92¾ G	St. Speicher-A. ····	5	—
Wien ·······	8 Tag.	82⅜ G	Ver.-Speicher-A. ···	5	—
„ ·······	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied. ··	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„ „	5	—	Bredower „	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle ·······	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf. ·	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	89 G	St. Dampfschlepp G.	5	—
„ „	4	—	St. Dampfschiff-V. ·	5	—
„ Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C. ··	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania ········		95 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan ··········		84 bz
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle ··	4	101 B
„ „	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E.A.	4½	—	Chem. Fabrik-Ant. ·	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F. ·	—	—
St. Stadt-O. ·	4½	96½ B	Gemeinn. Bauges. ··	5	—